



Bezirk
Berlin-Brandenburg-
Sachsen

WIRTSCHAFTS-
STRUKTUR-
UND SOZIAL-
POLITIK

prägnant 02

Die wachsende Ungleichheit bekämpfen – eine wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung

JUNI 2018

Lange galt unter vielen Ökonomen wirtschaftliche Ungleichheit als Antriebskraft für wirtschaftliches Wachstum. Doch seit einiger Zeit mehren sich die Stimmen derer, die Ungleichheit als wachstumsschädigend begreifen - von den sozialen Auswirkungen ganz zu schweigen. Das Problem der Ungleichheit hat nicht nur negative ökonomische Folgen: wirtschaftliche Machtkonzentration führt zu gesellschaftlicher Spaltung und damit langfristig zu einer Gefährdung der Demokratie.

Die Entwicklungsorganisation Oxfam stellt fest, dass ein paar Dutzend Menschen mehr Vermögen besitzen als die Hälfte der Weltbevölkerung.

Karl Marx, an den anlässlich seines 200. Geburtstages vieler Orts gedacht wird, formulierte die Unterschiede wie folgt: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert.“ (vgl. K. Marx: Das Kapital Band 1; S.674 ff.)

Sicherlich ist es durch gewerkschaftliche und politische Gegenmacht in den westlichen Industrieländern über die Jahrzehnte hinweg gelungen schlimmste Verwerfungen am Arbeitsmarkt wie im 19. Jahrhundert zu verhindern, dennoch besteht Ungleichheit weiter und sie wächst wieder.

Auch in Deutschland ist die Verteilung von Einkommen und Vermögen höchst ungleich verteilt. 70 Prozent der deutschen Bevölkerung empfinden die wirtschaftlichen Verhältnisse als ungerecht. Das Wirtschaftssystem delegitimiert sich auf diesem Wege ein Stück weit selbst.

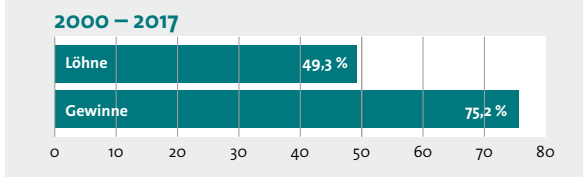
Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris weist seit längerem darauf hin, dass in keinem anderen westlichen Land die wirtschaftlichen Unterschiede so groß sind wie in Deutschland. In Deutschland zeigen sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich, aber auch zwischen einzelnen Regionen.

Laut OECD ist die Unterschiedlichkeit in der Wirtschaftskraft pro Einwohner in Deutschland besonders groß ausgeprägt. Zwischen Flensburg und Lörrach und zwischen Aachen und Görlitz gibt es Regionen, in denen teilweise das Siebenfache an Wirtschaftskraft pro Einwohner zu verzeichnen ist.

Das ist Gift für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und weit weg von der grundgesetzlich garantierten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dieses Gefühl und das Unbehagen lassen sich mit weiteren Zahlen belegen:

Während die Löhne und Gehälter seit der Jahrtausendwende lediglich um knapp 50 Prozent gestiegen sind, konnten die Unternehmensgewinne um satte 75 Prozent zulegen (siehe Grafik). Daran hat auch die Finanzkrise 2008/ 2009 nichts geändert. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote, also der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen ist seit Jahren im Trend rückläufig. Auch wenn in einigen Branchen wie bspw. in der Industrie Reallohnzuwächse erzielt werden konnten, änderte das nicht die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zuungunsten der Lohnquote.

Eine ungleiche Verteilung ist ungerecht, sie leistet aber auch rechtspopulistischen und antieuropäischen

Entwicklung der Löhne und Gewinne 

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, Atlas der Arbeit 2018

Parteien Schützenhilfe, da sich ein nicht unerheblich ökonomisch ausgegrenzter Teil der Bevölkerung diesen demokratiefeindlichen Parteien zuwendet.

Der Kampf gegen Ungleichheit ist deshalb nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, er leistet einen wichtigen ökonomischen und demokratiestabilisierenden Beitrag.

Ungleichheit und ihre schädlichen Auswirkungen

Bislang ging man davon aus, dass Ungleichheit unabdingbar für Wachstum sei. Inzwischen sind zahlreiche Ökonomen eher vom Gegenteil überzeugt. Die OECD stellte vor ein paar Jahren fest, dass die deutsche Volkswirtschaft im Zuge der wachsenden Ungleichheit seit den 1980er Jahren um 6 Prozentpunkte weniger gewachsen ist, als sie bei gleichbleibender Verteilung der finanziellen Ressourcen hätte wachsen können.

Ungleichheit bremst das Wirtschaftswachstum und hat viele Facetten: Finanzielle, Zugang zu Bildungseinrichtungen, Teilhabe am kulturellen Leben, Besitz von Immobilien etc.

Besonders Bildungsungleichheit hat langfristig verheerende Folgen: Bezieher unterer und mittlerer Einkommen investieren weniger in ihre Aus- und Weiterbildung. Deshalb wachsen auf lange Sicht Produktivität und Bruttoinlandsprodukt deutlich geringer, da Geringqualifizierte schlechter bezahlte Jobs haben, weniger konsumieren können und weniger Steuern und Sozialabgaben zahlen. Darüber hinaus dämpft Einkommensungleichheit den privaten Konsum auch von der anderen Seite, da Hocheinkommensbezieher einen größeren Teil ihres Einkommens sparen.

Der Kampf gegen Bildungsungleichheit bleibt eine zentrale Stellschraube im Ringen um eine gerechtere Gesellschaft. Hier gibt es einen enormen Handlungsbedarf. Von 100 Akademiker-Kindern studieren 79. Von 100 Nicht-Akademiker-Kindern studieren nur 27.

Die Unterschiede zwischen Reich und Arm werden in Deutschland immer ausgeprägter. Betrachtet man die Entwicklung der Einkommen wird das nochmals deutlich: Zwischen 1991 und 2014 konnte das einkommensstärkste Zehntel der Bevölkerung sein Einkommen um rund 27 Prozent steigern, während das einkommensärmste Zehntel Verluste von 8 Prozent hinnehmen musste.

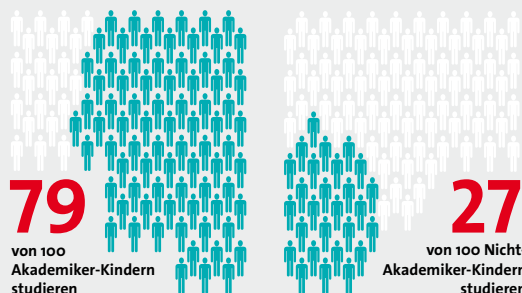
Einkommensentwicklung 1991 – 2014 

Quelle: DGB Bundeskongress 2018, Antrag C001

Der Großteil der Bevölkerung ist inzwischen zurecht der Meinung, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland zu groß sind – und dass sie das wirtschaftliche Wachstum gefährden. Immer mehr Menschen fühlen sich regelrecht abgehängt, marginalisiert, andere haben Angst vor dem sozialen Abstieg, und zu viele wenden sich enttäuscht von Demokratie und Parlamentarismus ab. Zu viele Menschen befinden sich in verfestigter Armut. Armut grenzt aus und stigmatisiert. Die von Armut Betroffenen haben statistisch gesehen eine deutlich geringere Lebenserwartung. Als von Armut bedroht werden Personen bezeichnet, die ein Einkommen in Höhe von 60 Prozent des Medianeinkommens haben. Im Jahr 2015 betrug dies für einen Single-Haushalt circa 1090 Euro netto pro Monat (vgl. DIW Wochenbericht, Nr.21/2018). Waren in den 1990er Jahren noch ungefähr 11 Prozent von Armut betroffen, ist dieser Wert im Jahr 2015 auf knapp 17 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung angewachsen. Wir müssen das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaft verhindern: zwischen Arm und Reich, aber auch zwischen Ost und West.

Bildungsungleichheit nach Herkunft

Die Studierendenzahlen unterscheiden sich nach Bildungshintergrund der Eltern:



Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Studierendenwerks vom 9.5.2018

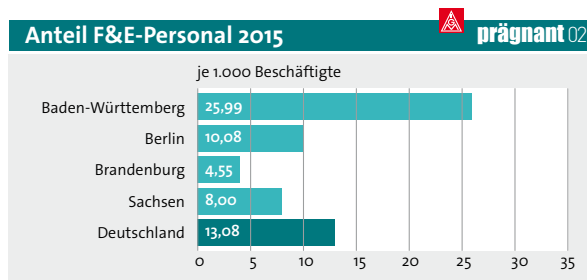
Eine stärkere Umverteilung wirkt deshalb wachstumsförderlich, da sie die Massenkaufkraft stärkt.

Ungleichheit zwischen Ost und West besteht weiter

Auch 28 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es Einkommensunterschiede zwischen Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland. In Ostdeutschland liegt die „Wirtschaftsleistung pro Einwohner“ im Durchschnitt rund 27 Prozent niedriger als im Westen. Gründe hierfür sind unter anderem das Fehlen von Großunternehmen und Konzernzentralen. Kein einziges ostdeutsches Unternehmen ist im Börsenleitindex „DAX 30“ vertreten und fast kein Großkonzern hat seine Firmenzentrale in Ostdeutschland.

Beim Anteil von Forschung und Entwicklung (F&E) hinkt Ostdeutschland ebenfalls weit hinterher. Von 1000 sozialversicherungspflichtigt Beschäftigten arbeiten mit 25 Beschäftigten mehr als doppelt so viele Arbeitnehmer im Bereich F&E in Baden-Württemberg wie in Berlin (10 Beschäftigte).

Anteil F&E-Personal 2015



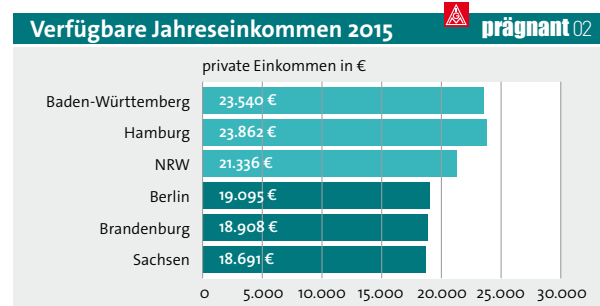
Quelle: Stifterverband für die deutsche Wirtschaft 2018

Forschung und Entwicklung sind mittel bis langfristig zentrale Stellschrauben für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Hier zeigt sich ein deutliches West-Ost Gefälle, da die meisten Forschungs- und Entwicklungsstandorte nah an den Firmenzentralen angesiedelt sind und deshalb eher in Westdeutschland liegen, als in Ostdeutschland. Auch die Löhne liegen in Ostdeutschland im Schnitt rund 20 Prozent unter vergleichbaren Löhnen in Westdeutschland. Hinzu kommt, dass weit weniger Unternehmen an Tarifverträge gebunden sind und der Niedriglohn-Bereich weit größer ist als in Westdeutschland. Nach jüngsten Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden 1996 noch 70 Prozent aller westdeutschen Beschäftigten nach Branchentarifverträgen entlohnt. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 49 Prozent. Im Osten sank der Anteil in dem Zeitraum den Angaben zufolge von 56 auf 34 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit ist meist noch über der in Westdeutschland, wobei einzelne Regionen in Teilen Westdeutschlands mittlerweile ebenfalls ungefähr gleich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Betrachtet man das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner wird der Unterschied zwischen West- und Ost-Deutschland deutlich:

Verfügbare Jahreseinkommen 2015

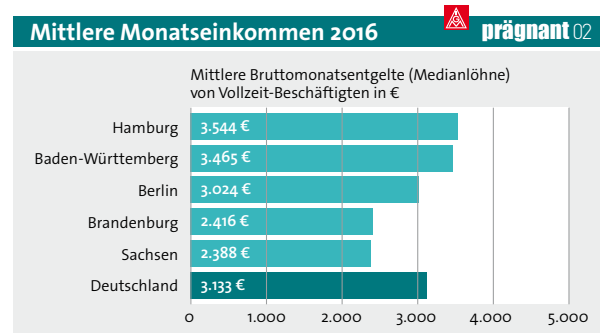


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2018

Während in Baden-Württemberg und Hamburg die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner weit über 23.000 Euro liegen, sind es in Sachsen und Brandenburg unter 19.000 Euro.

Auch bei den mittleren Bruttomonatsentgelten (Medianlöhne) von Vollzeitbeschäftigten zeigt sich ein deutliches West-Ost Gefälle:

Mittlere Monateinkommen 2016



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen, 2018

Während in Hamburg ein Beschäftigter auf einen Medianlohn von 3.544 Euro pro Monat kommt, sind es in Sachsen gerade einmal 2.388 Euro.

All das zeigt: Es besteht politischer, ökonomischer und sozialer Handlungsdruck um die ausufernde Ungleichheit und die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zu bekämpfen oder wenigstens abzumildern.

Forderungen und Erfolge der IG Metall in der Bekämpfung der Ungleichheit

Viele politische Entscheidungen, wie die Ausweitung des Niedriglohnssektors, Beschränkungen des gesetzlichen Rentenniveaus, Einschränkungen öffentlicher Leistungen und Steuersenkungen für hohe Einkommen und Vermögen waren politisch induziert und haben ihren Anteil an der zunehmenden Ungleichheit. Jeder vierte Job ist heute atypisch, also befristet, in Teilzeit und/oder unterdurchschnittlich vergütet. Deutschland hat einen der größten Niedriglohnssektoren Europas.

Der Kampf für

- Gute Arbeit,
- Quantitativ und qualitativ hohe Ausbildung
- Tarifverträge und
- mehr Mitbestimmung

bleibt die wichtigste Stellschraube für eine gerechtere Arbeitswelt und damit das wichtigste Mittel der IG Metall im Kampf gegen Ungleichheit.

Um kurzfristig die Ungleichheit abzumildern, kämpft die IG Metall gegen die weitere Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und das Ausufern von Leiharbeit und Werkverträgen. Die Leiharbeit hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, wo von der Bedienung von Auftragsspitzen in den Unternehmen keine Rede sein kann.

Im IG Metall Bezirk Berlin- Brandenburg-Sachsen arbeiten in 49 Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten über 8300 Leiharbeiter. Diese hohe Zahl zeigt, dass jede Anstrengung für Gute Arbeit, Tarifverträge, eine höhere Tarifbindung, bessere und mehr Ausbildungsplätze sowie für mehr Mitbestimmung und der Kampf gegen prekäre Beschäftigung notwendig sind.

Tariflöhne

Das effektivste Mittel zur Bekämpfung von Ungleichheit ist die Ausweitung und Stärkung der Tarifbindung. Tariflöhne und sonstige tarifliche Regelungen sind ein Garant für Gute Arbeit und auskömmliche Löhne. Dies bestätigte kürzlich das Statistische Bundesamt Ende Mai 2018: „2017 hatten die Gehälter der Tarifbeschäftigten das sechste Jahr in Folge stärker zugelegt als die Inflation.“ (vgl. PM des Statistischen Bundesamtes vom 29. Mai 2018).

Die stark zurückgegangene Tarifbindung in Deutschland hat signifikant zur zunehmenden Lohnungleichheit beigetragen. Eine Stärkung des deutschen Tarifsystems wird dieser Entwicklung entgegenwirken.

Die IG Metall kämpft für eine höhere Tarifbindung. Im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen gelingt es seit einiger Zeit die Tarifbindung im Organisationsbereich der IG Metall stabil zu halten. Über alle Wirtschaftsbranchen hinweg zeigt sich leider ein anderes Bild: In Westdeutschland liegt die Tarifbindung noch bei 49 Prozent, im Osten bei 34 Prozent. Dass Tarifverträge wirken, spüren die Beschäftigten jetzt wieder ganz besonders in der Urlaubszeit: In Deutschland beziehen 71 Prozent der tarifgebundenen Beschäftigten ein Urlaubsgeld, ohne Tarifvertrag bekommen nur 38 Prozent eine freiwillige Zahlung. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch im Hinblick auf die verschiedenen Branchen: Während im Verarbeitenden Gewerbe 64 Prozent der Beschäftigten im Jahr 2017 Urlaubsgeld erhielten, waren es bspw. im Baugewerbe nur 48 Prozent. In vielen Teilen der Dienstleistungsbranche erhält dagegen nur eine Minderheit der Beschäftigten Urlaubsgeld. Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, Pressemitteilung vom 11.6.2018

Eine Erhöhung der Tarifbindung wird dazu führen, dass Ungleichheit abgebaut wird, denn mit Tarifverträgen sind die Arbeitsbedingungen besser, die Löhne höher, es gibt mehr Urlaubs- und Weihnachtsgeld und die Arbeitsplätze sind sicherer. Nichts beeinflusst die Primärverteilung so stark wie Tarifabschlüsse und Besteuerung.

Steuerpolitik

Wenn 10 Prozent der reichsten Menschen im Land über 60 Prozent des Vermögens verfügen, ist eine stärkere Vermögensbesteuerung notwendig. Ein adäquates Instrument dafür wäre die Erbschaft- und Schenkungsteuer, weil sie den leistungslosen Erwerb belastet und weil Erbschaften stark zur ungleichen Vermögensverteilung beitragen. Eine reformierte Erbschaftsteuer, die die wirklich Reichen und Superreichen und nicht breite Schichten der Bevölkerung erfasst wäre ein Mittel im Kampf gegen Ungleichheit. Darüber hinaus müssen Kapitalerträge mit dem individuellen Einkommenssteuersatz besteuert werden und nicht mehr pauschal mit der Abgeltungssteuer. Die längst überfällige Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer kann Spekulationen mit Finanzprodukten eindämmen. Dass Handlungsbedarf besteht zeigt eine jüngst veröffentlichte Studie der Boston Consulting Group: demnach nimmt der globale Reichtum weiter zu. 2017 wuchsen die Privatvermögen um 7,1 Prozent auf satte 201,9 Billionen Dollar. Vor allem die Reichen und Superreichen konnten ihr Vermögen drastisch erhöhen. (Quelle: Global wealth report der Boston Consulting Group, 2018)



Zur Stärkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten die öffentlichen Ausgaben verteilungsgerechter gestaltet und das Kindergeld weiter erhöht werden. Um die Armut nachhaltig zu verringern, sind eine Eindämmung prekärer Beschäftigung und eine Stärkung der gesetzlichen Rente erforderlich. Lohnerhöhungen und eine kräftige Erhöhung des Mindestlohns sind darüber hinaus wichtig, um Ungleichheit abzumildern. Wohlhabende Haushalte müssen wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Man sollte auch bedenken, dass die öffentliche Daseinsfürsorge die Ungleichheit der privaten Einkommen und Vermögen abmildert. Deshalb bleibt der Staat in der Verantwortung, öffentliche und preiswerte Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger anzubieten.

Eine zunehmende Quelle der Ungleichheit zeichnet sich seit einigen Jahren am Wohnungsmarkt ab. Die Armutsrisikoquote für Mieterinnen und Mieter ist von 1991 bis 2015 von 16 Prozent auf 29 Prozent gestiegen (vgl. DIW Wochenbericht Nr.21/ 2018). Rasant steigende Mieten machen es zu vielen Menschen mittlerweile schwer, ihre Wohnkostenbelastung im angemessenen Rahmen zu halten. Wer Wohnungseigentum besitzt, ist deutlich im Vorteil. Selbst wenn von den Eigentümerhaushalten noch erhebliche Mittel für Zins- und Kredittilgung aufgebracht werden müssen, driften die Wohnkostenbelastung zwischen Eigentümern und Mietern auseinander. Steigende Mieten stehen sinkenden Bauzinsen gegenüber. Diese zunehmende Polarisierung auf dem Wohnungsmarkt muss dringend bekämpft werden, da sie Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist. Verteilungskämpfe zwischen einkommensschwachen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Auszubildenden, Rentnern und Zugezogenen um ein knappes Gut, wie bezahlbare Wohnungen, müssen verhindert werden.

Die IG Metall setzt sich deshalb für eine Ausweitung des Wohnungsbaus, vor allem im bezahlbaren Mietwohnungsbereich ein. Dass der Kampf gegen Ungleichheit und für eine höhere Tarifbindung als wichtigstes Element einer ausgewogenen Verteilung erfolgreich sein kann, zeigen auch die jüngsten ausgewählten Beispiele im IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen:

- Das sehr gute Ergebnis in der Tarifrunde der Metall und Elektroindustrie und die gegenwärtig laufende Umsetzung haben gezeigt, dass die IG Metall große Tarifierfolge erreicht, die im Ringen um mehr Gerechtigkeit und Gleichheit wichtig sind. Dieser Tarifabschluss wirkt und

strahlt aus: Der neue Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie wurde bspw. auf die Standorte von Schnellecke Logistics Sachsen übertragen. Dieser Erfolg gelang durch das entschlossene Engagement der Metalloberinnen und Metaller von Schnellecke in Sachsen.

Auch die kraftvolle Interessensvertretung bei den Automobilherstellern und Zulieferern im Bezirk führt dazu, dass die Frage der Arbeitszeit wieder auf der Agenda steht.

Um auch in Zukunft von gut ausgebildeten Fachkräften profitieren zu können, müssen die Firmen alle Anstrengungen unternehmen, um Ausbildung attraktiv zu gestalten. Die IG Metall wird sich für qualitativ und quantitativ hochwertige Ausbildung einsetzen. Ausgebildete Fachkräfte verdienen besser, haben sichere Jobs, und sind aufgrund stetiger Beschäftigungsverhältnisse eher in der Lage am gesellschaftlichen Wohlstand zu partizipieren.

Der Einsatz für Gute Arbeit und stabile Beschäftigung bleibt für die IG Metall die zentrale Aufgabe im Ringen um eine gerechtere Arbeitswelt und somit auch um eine gerechtere Verteilung: Der Erhalt der Siemens- und Bombardier-Standorte im Bezirk ist ein weiteres Beispiel für erfolgreiches und solidarisches Handeln der Belegschaften und der IG Metall.

Auch die Beschäftigten von Halberg Guss in Leipzig, die nach Urabstimmung in einen unbefristeten Streik getreten sind, kämpfen mit der IG Metall um ihre Arbeitsplätze. Hier kämpfen Metalloberinnen und Metaller um ihre Jobs und gegen Unternehmerwillkür. Hintergrund der Auseinandersetzung sind anhaltende Vertragsstreitigkeiten zwischen dem Autobauer Volkswagen und einem seiner größten Zulieferer, der Prevent-Gruppe. Deren Tochterunternehmen, die Neue Halberg Guss GmbH, hatte angekündigt, das Werk in Leipzig mit 610 Stammeschäftigten und rund 90 Leiharbeitern Ende 2019 zu schließen.

Nur mit Guter und sicherer Arbeit kann der digitale Wandel und die Transformation in der Industrie zum Wohle der Beschäftigten gelingen. Nur mit tarifvertraglich entlohnter und mitbestimmter Arbeit wird der Kampf für eine gerechtere Gesellschaft und der Einsatz gegen wachsende Ungleichheit erfolgreich sein. Eine fairere Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands ist unabdingbar für eine gerechtere Gesellschaft.